



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/44 - 22.2.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Vor der großen Debatte	S. 1
Tito und die Koexistenz	S. 3
Der BHE nach seinem Parteitag	S. 5

## Schicksalhafte drei Tage

sp - Nach dem Willen der Mehrheit des am 6. September 1953 gewählten Bundestages wird am Ende dieser Woche die Entscheidung über die Pariser Verträge und die damit verbundene westdeutsche Wiederbewaffnung fallen - für die Bundesrepublik, nicht für die Verträge selbst. Diese letzte Entscheidung liegt bei Frankreich. Und es bleibt unerfindlich, warum die Bundesregierung, zumal nach der Erfahrung mit der BVG, auch diesmal wieder dem Französischen Parlament glatte Schrittmacherdienste leisten zu müssen - noch dazu mit vermutlich negativem Effekt. Denn es ist sehr fraglich, ob ein Ja des Bundestages, noch dazu wenn es mit großer Mehrheit ausgesprochen werden sollte - in Paris ermunternd und nicht eher hemmend wirken wird. Auch war die Bundesregierung sicher nicht mehr genötigt, in Washington den Nachweis des guten, ja des besten Willens, zu liefern - der ist ohne Zweifel seit langem erbracht.

Die Fraktionen des Bundestages haben inzwischen Stellung bezogen. Die Berichte der zuständigen Ausschüsse liegen, zum Teil in Mehrheits- und Minderheitsfassung, vor. Die Argumente sind jedem, der sich bemüht hat, sie kennenzulernen, vertraut, zumal die letzten Wochen der Problematik der Verträge in allen Ecken der Bundesrepublik breitesten Widerhall gaben. Dennoch wird die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition im Bundestag noch einmal dem deutschen Volke die ganze Schwere der zu übernehmenden Verantwortung bewußt werden lassen. Kein Abgeordneter wird sich, wenn einmal die Würfel gefallen sind, darauf berufen können, er habe die

Tragweite seiner Stimmabgabe nicht ermessen können. Jeder muß wissen und weiß im Grunde, dass die Abstimmungen im Bundestage darüber befinden, ob die unglückselige Spaltung Deutschland mit aller ihrer gegenwärtigen Not und ihren künftigen Gefahren, nicht nur für Deutschland selbst, für lange weitere Jahre anhalten soll.

Es ist bezeichnend, dass unmittelbar vor diesem schicksalhaften Entwicklungseinschnitt selbst im Lager der Westmächte plötzlich Stimmen laut werden, denen man das Unbehagen, ja die Furcht vor den Folgen einer auf Beibehaltung des Status quo und Verewigung der Spaltung Deutschlands gerichteten Politik deutlich anmerkt. Erkenntnisse, wie sie in diesen Tagen z.B. von so maßgebenden englischen Zeitungen wie dem konservativen "Daily Telegraph" und dem "Manchester Guardian" geäußert wurden, machen das Dilemma deutlich, das verantwortungsbewusste Kreise auf der Seite der Westmächte gut begreifen, obwohl die unmittelbare Schwere der Last dieser Entscheidung gar nicht auf ihnen, sondern auf den Deutschen liegen wird. Plötzlich heißt es auch, die Warnungen der Sowjets, nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge hätten Verhandlungen keinen Sinn mehr, würden in London "nach wie vor" ernst genommen. Bisher hat man von dieser Sorge eigentlich herzlich wenig gehört.

Die Anberaumung des Termins für die zweite und dritte Lesung der Verträge im Bundestag auf die Tage vom 24. - 26. Februar und das starre Festhalten daran sollte nach der Vorstellung der Bundesregierung in Moskau offenbar den Eindruck unbedingter Entschlossenheit und Festigkeit hervorrufen. In Wirklichkeit wird es, angesichts der sowjetischen Bemühungen, eine Basis zumindest für den Beginn eines Gesprächs anzubieten, einfach provokativ wirken und sie zu der Schlussfolgerung veranlassen: Nun, dann eben nicht. Das wird an vielen Stellen auch außerhalb der Sowjetunion so gesehen, es auszusprechen, werden freilich nur wenige den Mut haben. Immerhin hat kein Geringerer als General Bevell Smith, der ehemalige Generalstabschef Eisenhowers und früherer Botschafter seines Landes in Moskau, in diesen Tagen erklärt, zu den Veränderungen an der Sowjetspitze habe "die Politik des Westens einiges beigetragen, sei es durch das Streben nach der deutschen Wiederbewaffnung, sei es durch den Druck auf China"...

Die Zustimmung des Bonner Parlaments zur westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen des Atlantik-Paktes, ohne die vorherige gewissenhafte Erprobung der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft, wird daher in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit als eine Zustimmung zur Spaltung Deutschlands empfunden und gewertet werden. So bequem das für diese Kreise sein mag, so unverständlich wird es ihnen auch sein. Vor allen aber muß die künftige Position Westdeutschlands dadurch bei allen internationalen Verhandlungen außerordentlich erschwert

### Jugoslawien und der West-Ost-Konflikt

G.G. Nach mehr als zweimonatiger Abwesenheit ist der jugoslawische Staatspräsident in der vorigen Woche wieder in Belgrad eingetroffen. Er hat bei der Ansprache, die er aus Anlass seiner Heimkehr hielt, die ironische Bemerkung gemacht, es könne mit der "Diktatur" in Jugoslawien nicht weit her sein, wenn der "Diktator" sich eine so lange Abwesenheit gestatten kann. Er hat damit wahrscheinlich jener Presse im Westen, der man in Jugoslawien die Schuld an der Zuspitzung und Aufbausung der Affäre Djilas-Dedijer in Abwesenheit Titos gab, eine Abfuhr erteilen wollen. Aber ganz gewiß war es nicht der Zweck der Asien-Reise Titos, die Welt davon zu überzeugen, dass Jugoslawien und sein jetziges Regime auch ohne Tito bestehen bleiben können. Es ging bei der Reise Titos nach Indien und Burma und dem Gespräch mit dem ägyptischen Staatschef Nasser um große, nicht nur für Jugoslawien wichtige Fragen internationaler Politik.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion und den Ostblockstaaten sechs Jahre nach dem Bruch zwischen Belgrad und Moskau haben Misstrauische von einer Schwenkung Belgrads vom Westen zum Osten reden lassen. Es sind die gleichen Kreise, die in Nehru und seinem "Neutralismus" einen verkäppelten Verbündeten Moskaus sehen wollen. In Wirklichkeit aber beruht die weltpolitische Konzeption Titos wie Nehrus gerade auf dem Gedanken der Bündnislosigkeit, der Unabhängigkeit vom Westblock wie vom Ostblock, ja auf der Ablehnung der Blockbildung überhaupt um des Weltfriedens und der Gleichberechtigung der Völker willen.

#### Das besondere Interesse der kleinen Länder

Tito hat seine Auffassung am klarsten vielleicht in einer Rede zum Ausdruck gebracht, die er vor einem Monat in der Hauptstadt Burmas beim Empfang der Ehrendoktorwürde der Universität Rangun hielt. Er sprach von dem besonderen Interesse der kleineren und noch unentwickelten Länder, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt haben. Sie "befinden sich in einer Lage, in der sich ihre Interessen nicht mit den eng aufgefassen Interessen der großen

und entwickelten Staaten denken können, und daher sind sie wenig geneigt, den Blocks beizutreten, die sich um diese Staaten gebildet haben." Und deshalb wirkt die Rolle dieser Länder im internationalen Leben in Richtung auf eine Milderung der Gegensätze und dient als nützliches Gegengewicht gegen die Extreme von der einen oder der anderen Seite." Sie müssen sich der "Polarisierung" der internationalen Politik zwischen zwei Großmächten widersetzen, weil sie sonst keine Möglichkeit hätten, eine selbständige Rolle im internationalen Leben zu spielen, ihre Rückständigkeit zu überwinden und einen gleichberechtigten Platz in einer Gemeinschaft der Völker einzunehmen, die ohne Gleichberechtigung der Nationen den gefährlichen Charakter einer als "Weltstaat" firmierenden Weltherrschaft haben würde.

#### Reale Zielsetzung

Tito, der sich stets als realistischer Politiker erwiesen hat, gründet, wie man sieht, auch seine weltpolitischen Zielsetzungen auf ganz reale, aus dem Lebensinteresse der kleineren und unentwickelten Völker erklärbaren Voraussetzungen. Wenn Tito von Weltfrieden und der Koexistenz spricht, sind es mehr als Schlagworte. Es sind Ziele, für die um ihrer Selbstbehauptung willen die weniger entwickelten Länder kämpfen müssen. Aber die Theorie und Praxis der Koexistenz sind kein Monopol dieser Staaten, - "sie sind vielmehr die einzig mögliche Lösung für jene Grundprobleme, vor die uns die heutige internationale Wirklichkeit stellt." Die Koexistenz erkennt die Tatsache an, dass es in der Welt Unterschiede in der gesellschaftlichen und politischen Ordnung gibt, dass unterschiedliche Ideologien bestehen. Sie lässt nicht zu, dass diese Unterschiede Ursache für internationale Zwistigkeiten werden. Sie fordert Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen, denn nur gleichberechtigte Mitglieder einer Gemeinschaft können für einen längeren Zeitraum friedlich und aktiv nebeneinander existieren. Deshalb kein Anschluss an einen militärischen oder ideologischen Block, deshalb Beziehungen zum Westen und Normalisierung der Beziehungen zum Osten, deshalb Bemühungen um Stärkung der Vereinten Nationen.

### Lehre für die "Stärke" Propagandisten:

Es war der Sinn der großen Reise Titos, die Fühlungnahme mit jenen Ländern, vor allem in Asien, zu stärken, die sich unabhängig vom West- und Ostblock zu den gleichen Grundsätzen internationaler Politik bekennen. Aber es ist klar, dass diese Grundsätze sich nicht auf einen begrenzten Kreis von Ländern und Völkern beschränken sollen und können.

Man hat in letzter Zeit Vertreter einer "Politik der Stärke" auf das Beispiel Jugoslawiens hinweisen gehört, das angeblich die Sowjetunion mit Macht zum Nachgeben gezwungen habe. Ganz abgesehen von dem Unterschied zwischen der Situation Jugoslawiens und der des besetzten und geteilten Deutschlands sollten die "Stärke" - Propagandisten einmal darüber nachdenken, warum Männer wie Tito und Nehru gerade heute in der Bündnislosigkeit, der Nichtzugehörigkeit zu einem Machtblock und dem Kampf für Koexistenz und Frieden die wahre Stärke sehen.

\* \* \*

### Klärung der Fronten in BHE

A.3. Vergangenes Wochenende tagte in Bonn der außerordentliche Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE hinter verschlossenen Türen. Er sollte eine Klärung des außenpolitischen Kurses der Partei herbeiführen. Die Delegierten fanden ein ruhigeres Klima vor, als jene Gewitterstimmung, die vor drei Wochen - dem ursprünglichen Tagungstermin - noch in der Luft lag. Das lag daran, dass die stark umstrittene Saarfrage nicht mehr jenes fast unübersteigbare Hindernis für die Pariser Verträge schlechthin darstellte, wie es dem BHE durch das zuerst vorgesehene Abstimmungsverfahren im Bundestag quer über den Weg gelegt worden war. Trotzdem kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit dem "Ministerflügel".

Ein Antrag des Bundesvorsitzenden Bundesminister Prof. Oberländer, der sich für das Saar-Statut aussprach, wurde abgelehnt. Dagegen billigten die Delegierten mit großer Mehrheit eine von Dr. Linus Kather eingebrachte Resolution gegen das Statut, weil es "für deut-

sche Menschen und deutsches Gebiet eine Minderung des unbestreitbaren Rechts der Zugehörigkeit zu Deutschland mit sich bringt und als Baustein für eine wirkliche europäische Gemeinschaft nicht gewertet werden kann." Minister Oberländer begründete sein Ja zum Saar-Statut übrigens mit der Situation in Frankreich, wo man an dem Punkt zwischen diesem Abkommen und den Verträgen unter allen Umständen festhalten werde. Offensichtlich fürchtet er, dass sich nach einer nur knappen Mehrheit für das Statut im Bundestag die ohnehin recht unübersichtlichen Mehrheitsverhältnisse im französischen Parlament zugunsten der Vertragsgegner verlagern werden.

Die kräftezehrende Saardebatte ließ den Befürwortern eines "neuen Kurses" wenig Raum und Zeit, überzeugend auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem gesamten Vertragswerk für die deutsche Wiedervereinigung ergeben. So sprach sich die Mehrheit der Delegierten für die Annahme der übrigen Verträge aus. Die Wiedervereinigung soll zwar nach der Ratifizierung das oberste Ziel deutscher Politik sein, doch wird die Zwiespältigkeit oder gar Unaufrichtigkeit, die ein solcher Beschluß in sich birgt, die Gegensätze innerhalb des Blocks eher vertiefen, als sie überbrücken. Andererseits wird dem BHE mit dieser Haltung der ersehnte Sprung von der einen Vertriebenenpartei zur gesamtdeutschen Bewegung auf keinen Fall gelingen.

Erstmalig wurden in größerer Ausführlichkeit die Aspekte erörtert, die sich ergäben, wenn die Bundesrepublik auf ihre Einbeziehung in einseitige Sicherheitssysteme verzichten würde. Dabei wurden aber die immer wiederkehrenden Begriffe "Bündnislosigkeit" und "bewaffnete Neutralität" so verschieden gedeutet, dass es sich als unmöglich erwies, zu einer einheitlichen Meinung zu kommen. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang, dass eine Resolution, die sich gegen das Deutsche Manifest richtete, dahingehend abgeändert werden mußte, dass sie sich lediglich gegen die Durchführung von Volksabstimmungen aussprach.

Jedenfalls hat der wachsende Widerstand unter den Kreisfunktionären und den breiten Wählerschichten des BHE gegen die Politik von Kraft und Oberländer nun auch in der Haltung zahlreicher Mandatsträger und Mitglieder des Bundesvorstandes seinen Niederschlag gefunden. Noch einmal ist Oberländer mit einem Vertrauensvotum, das zum Unwillen vieler Delegierten mit einer ausgesprochen politischen Frage verknüpft war, davongekommen. Noch sind auch der Selbsterhaltungswille und die Sorge um den Bestand der Partei überhaupt zu stark, als dass man es auf eine wirkliche Kraftprobe mit all' den möglichen, weittragenden Folgen für die Partei, ankommen lassen wollte. So diente der Parteitag des GE/BHE in erster Linie der Klärung der Fronten innerhalb der Partei. Wie weit und wie lange das Ergebnis Bestand haben wird, wird weitgehend von der weiteren allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik bestimmt werden.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Baunau